

Die israelische Debatte über eine engere Anbindung an die EU

Aus israelischen Tageszeitungen, Zeitschriften und anderen Veröffentlichungen der letzten Jahre bis zum 1. Halbjahr 2004

Pia Littmann

Über Parteigrenzen hinweg äußern hochrangige israelische und europäische Politiker gelegentlich, daß sie eine zukünftige Mitgliedschaft Israels in der Europäischen Union grundsätzlich unterstützen und eine in Aussicht gestellte Mitgliedschaft als Anreiz für Israel wirken könnte, Konzessionen in den Nahost-Friedensverhandlungen zu machen. Die Debatte, die in den letzten drei Jahren in israelischen Tageszeitungen, Fachzeitschriften und Arbeitspapieren von Think-Tanks geführt wird, zeigt, daß die Idee hohes Potential birgt, aber nicht mit dem Selbstverständnis des jüdischen Staats zu vereinbaren ist. Als realistische Alternative zum Beitritt wird daher über eine verstärkte Kooperation in Teilbereichen nachgedacht.

Die EU-Mitgliedschaft Israels ist nicht nur eine Vision von Oppositionsführer Shimon Peres, eine Hoffnung von Staatspräsident Moshe Katzav und eine Überlegung von Außenminister Silvan Shalom; Finanzminister Benjamin Netanyahu konstatierte Israels Interesse an einem Beitritt vor hochrangigen EU-Diplomaten in so direkter Form, als ob es nie einen Nahostkonflikt gegeben hätte. Die Knesset-Abgeordnete und ehemalige Leiterin des Referats Europa im Außenministerium Colette Avital forderte die Mitgliedschaft gar im Frühjahr 2002 auf einer Konferenz im Europaparlament.

Eine von der **Delegation der Europäischen Kommission in Israel** in Auftrag gegebene Meinungsumfrage ergab zudem,

daß 60% der Israelis der Ansicht sind, Israel solle sich um die Mitgliedschaft in der EU bewerben.

Mina Zemach vom Dahaf Polling Institute, das die Meinungsumfrage zur Perzeption der EU in Israel im Februar und Dezember 2003 durchgeführt hat, relativiert jedoch die Aussagekraft der Ergebnisse. Sie bezweifelt, daß sich die Befürworter einer EU-Mitgliedschaft der Konsequenzen eines Integrationsprozesses auch nur ansatzweise bewußt sind.

Ähnliches unterstellt **Shlomo Avineri** den Aussagen der Politiker. Avineri ist Direktor des Instituts für Europäische Studien an der Hebräischen Universität und war unter Golda Meir und Yitzhak Rabin von

1975 bis 1977 Generaldirektor im israelischen Außenministerium. Er verweist auf die Unvereinbarkeit der rechtlichen Grundsätze der EU mit denen Israels und argumentiert dabei etwas unpräzise, daß die Europäische Union kein Land aufnehmen könne, das in einen bewaffneten Konflikt involviert sei und nicht über international anerkannte Grenzen verfüge. Von diesen beiden Kriterien ist zwar nichts in den EU-Verträgen zu lesen, doch Avineris Einwand ist trotzdem nicht irrelevant. Denn in der Tat ist es unrealistisch, daß die EU ein Land aufnehmen wird, auf das die oben genannten Eigenschaften zutreffen. Als weiteres Beispiel für die Unvereinbarkeit einer Mitgliedschaft Israels mit dem Recht der Europäischen Union nennt Avineri das *Law of Return*, ohne jedoch weiter auszuführen, warum das Einwanderungsgesetz in der EU keinen Bestand haben könne.

Avineri wird in seiner Argumentation von **Adar Primor**, dem Leiter des Ressorts Außenpolitik der Tageszeitung *Haaretz*, unterstützt. Der Sohn des ehemaligen Botschafters in Deutschland glaubt, daß Israel weder in der Lage noch willens sei, auch nur 60% des *acquis communautaire* zu übernehmen, und verweist ebenfalls auf das *Law of Return*. Das Gesetz ist ein Grundpfeiler der israelischen Staatsidentität, verstößt aber nach Meinung Primors gegen die Freiheit des Personenverkehrs – eine Aussage, die in dieser Apodiktik juristisch nicht haltbar ist. Primor hält es außerdem für unwahrscheinlich, daß Israel bereit sei, die entsprechenden Kompetenzen an die Europäische Zentralbank abzutreten, sich der Gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik der EU unterzuordnen oder sich im Hinblick auf internationale Abkommen – etwa im Fall des Internationalen Strafgerichtshofs oder des Kyoto-Protokolls – gegen die USA zu stellen.

Interessanterweise tritt ausgerechnet der Wirtschaftswissenschaftler **Alfred Tovias**, der sich seit Jahren wissenschaftlich mit den Beziehungen zwischen Israel und der EU auseinandersetzt, als vehementer Fürsprecher einer israelischen Mitgliedschaft

in der Europäischen Union auf. Seine Argumentation entspringt dem Bewußtsein für das große Potential einer Mitgliedschaft, verliert aber die zu erwartenden Reibungspunkte nicht aus dem Blick.

Die größten Vorteile einer Zugehörigkeit zur EU sieht Tovias in der Befreiung Israels aus seiner politischen Isolation sowie in den Sicherheitsgarantien, die Israel als Mitgliedsstaat der EU erhalten würde. Tovias hofft, daß solche Sicherheitsgarantien Israel dazu bewegen könnten, großzügige territoriale und politische Konzessionen gegenüber den Palästinensern zu machen. Gerade in dem Zwang, seine derzeitige Gesetzgebung als EU-Mitglied revidieren zu müssen, sieht Tovias die Chance für Israel, sich als säkularer und demokratischer Staat in der westlichen Welt zu verankern. Seiner Meinung nach würde ein in Aussicht gestellter EU-Beitritt das Friedenslager in Israel stärken und anti-demokratischen Tendenzen entgegenwirken. Nach Tovias würde endlich ein genügend großer Anreiz bestehen, Staat und Religion zu trennen, das *Law of Return* abzuändern, die *Jewish Agency* neu auszurichten und den Zionismus zu überdenken.

Unermüdlich weist der Wirtschaftswissenschaftler darauf hin, daß Israels ökonomische Indikatoren sich im Mittelfeld der EU-Länder bewegen und keinen Vergleich mit seinen arabischen Nachbarn zulassen. Israel habe sich, ähnlich wie die führenden EU-Staaten, zu einem post-industriellen Land entwickelt, dessen Wirtschaft hauptsächlich auf Dienstleistungen und High-Tech basiert. Das Pro-Kopf-Einkommen der zehn kürzlich beigetretenen Staaten sei in jedem einzelnen Fall niedriger als das Israels. Kulturell sei die israelische Gesellschaft spätestens seit den letzten Einwanderungswellen aus den Ländern der Ex-Sowjetunion europäisch geprägt. Politisch teilten Israel und Europa ohnehin dieselben Werte. Tovias ist sich schließlich sicher, daß die Anpassung an den politischen und wirtschaftlichen *acquis communautaire* für Israel nicht schwieriger wäre als für Polen, die Türkei oder gar Bulgarien.

Josef Gorny, Direktor des Instituts für Zionistische Forschung an der Universität Tel Aviv, und **Ahron Seidenberg**, Rektor am Beit Berl College, teilen Tovias' Ansichten über die europäische Identität Israels und das politische Potential möglicher Sicherheitsgarantien der EU für den Nahost-Friedensprozeß, führen aber noch ein zusätzliches Argument an. Gorny und Seidenberg sehen Europa in einer moralisch-historischen Verantwortung gegenüber Israel, da die Wurzeln des politischen Zionismus europäisch seien. Dessen ideelles Fundament sei durch die europäischen Nationalbewegungen gebildet worden, und der politische Antisemitismus in Europa habe dafür gesorgt, daß aus einer vagen Idee ein Staat geworden sei. Aus diesem historischen Zusammenhang leiten Gorny und Seidenberg ihre Forderung nach einer Mitgliedschaft Israels in EU und NATO ab.

Dem Wunsch nach Eingliederung Israels in die EU liegt eine Einschätzung zugrunde, die neben Tovias auch von **Mark Heller** vom Jaffee Center for Strategic Studies der Universität Tel Aviv und von **Avi Primor**, dem ehemaligen Botschafter Israels in Deutschland, geteilt wird: Alle drei sind der Meinung, daß ein kleines Land wie Israel durch die strategischen Veränderungen nach dem Ende des Kalten Kriegs geradezu gezwungen ist, sich einem der großen ökonomischen Blöcke anzuschließen. Avi Primor befürchtet, daß die USA Israel keine außenpolitische Priorität mehr einräumen und immer weniger Interesse daran haben werden, Israel in ihr ökonomisches System zu integrieren, sobald das Öl des Nahen Ostens durch Öl aus anderen Regionen oder durch andere Rohstoffe ersetzbar geworden ist. Daher, schließt er ganz pragmatisch, bleibe für Israel nur Europa als Partner, denn daß das Land jemals – selbst nach Abschluß von Friedensverträgen mit seinen Nachbarstaaten und den Palästinensern – ein integraler Bestandteil des Nahen Ostens werden könne, sei nicht nur stark zu bezweifeln; unmißverständlich schreibt er, daß daran von seiten Israels auch gar kein

Interesse bestehe, da es sein jüdisches Erbe bewahren wolle.

Einen guten Überblick über den derzeitigen Stand des formalisierten Verhältnisses zwischen EU und Israel gibt der auf Europarecht spezialisierte Anwalt **Dan Horowitz** in einem Arbeitspapier des EU-Israel-Forums. Das Forum, dem 61 Persönlichkeiten aus Wissenschaft, Politik, Administration, Militär und Kultur angehören, wurde 2000 unter der Leitung von Avi Primor ins Leben gerufen und hat sich zum Ziel gesetzt, die Perspektiven und Modalitäten eines *Sonderstatus* Israels gegenüber der EU zu erforschen und die Beziehungen zwischen beiden Partnern zu vitalisieren. Horowitz kommt zu dem Schluß, daß eine Vertiefung der Beziehungen zur EU die Integration weiterer Teilbereiche bedeute und Israel nicht auf die Initiative der Union warten, sondern vielmehr eigenständig EU-Standards und -Grundsätze übernehmen sollte, um seine Chancen auf Teilintegration zu verbessern.

Die Euro-Mediterrane Partnerschaft (EMP)

Eine Partnerschaft Israels mit Europa existiert bereits im Rahmen des Barcelona-Prozesses, doch sind die politischen Ergebnisse dieser multilateralen Kooperation nach Meinung **Tovias'** gering. Die ökonomische Komponente der Euro-Mediterranen Partnerschaft scheint ihm gar zum Scheitern verurteilt, da die gesteckten Ziele, nämlich Stabilisierung und Wachstum in den arabischen Mittelmeerländern, gar nicht erreicht werden könnten. Zollfreier Handel für Industriegüter und MEDA-Gelder in Höhe von einer Milliarde Euro pro Jahr seien nicht ausreichend, um Strukturreformen in Ländern einzuleiten, deren Wirtschaft auf Öl und Landwirtschaft basiert. Für Israel sei der wirtschaftliche Nutzen der EMP ebenfalls marginal, weil das Land auf Grund seines Entwicklungsstands nicht von den bilateralen MEDA-Fonds profitiere.

Trotz allem befürwortet Tovias die Fortführung der Euro-Mediterranen Partnerschaft, da sie letztlich das einzige Forum der multilateralen Kooperation zwischen Israel und seinen Nachbarstaaten darstellt. Er bemängelt allerdings, daß sich der Israel 1994 in Essen zugestandene »Sonderstatus« in diesem Rahmen nicht verwirklichen lasse. In diesem Punkt widerspricht ihm Dan Horowitz: Das Beispiel Südafrika belege, daß ein Land sowohl einen Sonderstatus gegenüber der EU einnehmen als auch gleichzeitig im Rahmen einer Regionalpartnerschaft an die Union gebunden sein könne.

Raffaella del Sarto, von der Fakultät für Internationale Beziehungen der Hebräischen Universität, hat sich im Kontext der Euro-Mediterranen Partnerschaft mit dem israelischen Selbstverständnis auseinandergesetzt. Israel, so Del Sartos Feststellung, lehne es ab, als mediterranes Land klassifiziert zu werden, und betone seine politischen, kulturellen und ökonomischen Gemeinsamkeiten mit Europa. Del Sarto nennt die Euro-Mediterrane Partnerschaft einen Versuch der EU, die politische Identität Israels und der anderen Nicht-EU-Länder der EMP zu manipulieren. Der 11. September 2001 habe das israelische Selbstverständnis als Teil der »freien Welt«, die dem »Terrorismus« gegenübersteht, weiter verstärkt. Außerdem machten es der EU-Beitritt Zyperns und Maltas sowie der Kandidatenstatus der Türkei für Israel noch schwieriger, eine »mediterrane Identität« im Sinne des Barcelona-Prozesses zu entwickeln, da es das einzige nicht-arabische Mittelmeerland werden könnte, das außerhalb der EU verbleibt.

Noch schärfere Worte zur europäischen Sicht auf Israels Zugehörigkeit findet die Historikerin **Fania Oz-Salzberger** von der Universität Haifa. Sarkastisch kommentiert sie den Ausspruch eines französischen Beamten, Israel gehöre weder geographisch noch historisch, noch kulturell zu Europa, mit der Bemerkung: »Sicherlich, Israel gehört historisch nicht zu Europa – sieht man einmal davon ab, daß über 50 Prozent sei-

ner Bevölkerung in der ersten, zweiten oder dritten Generation Europäer sind bzw. daß Hunderttausende von ihnen ohne die Nazis heute Europäer wären.« Oz-Salzberger zeigt sich bitter enttäuscht darüber, daß sich das neu vereinte Europa nie ernsthaft mit der aus seiner gemeinsamen Vergangenheit rührenden kollektiven Verantwortung für den Konflikt im Nahen Osten auseinandergesetzt hat.

Der Europäische Wirtschaftsraum (EWR)

1992 war Israels Wunsch, Teil des Europäischen Wirtschaftsraums zu werden, von der EU-Kommission mit der Begründung abgelehnt worden, man könne Israel keine bevorzugte Stellung im Vergleich zu den anderen Mittelmeerländern gewähren. Auf dem Essener Gipfel im Dezember 1994 beschloß der Europäische Rat jedoch, Israel einen *Sonderstatus* einzuräumen.

Der EWR ist ein umfassendes Freihandelsabkommen zwischen der EG und den EFTA-Staaten auf der Grundlage der vier Freiheiten des Binnenmarkts (Personen, Dienstleistungen, Waren und Kapital). Sie schließt Maßnahmen zur Gewährleistung der Wettbewerbsfreiheit und einzelne flankierende Programme mit ein. Um dem Europäischen Wirtschaftsraum beitreten zu können, müßte Israel zunächst Mitglied der EFTA werden.

Nach **Tovias** dürfte dies angesichts des seit mehr als zehn Jahren gut funktionierenden Freihandelsabkommens zwischen Israel und der EG kein Problem sein. Er geht vielmehr davon aus, daß die Schweiz, Island und Liechtenstein den Beitritt Israels begrüßen würden, da solch ein Schritt das Kräfteverhältnis EFTA-EG zugunsten der EFTA-Länder verbessern würde. Er befürchtet allerdings, daß das größte EFTA-Land Norwegen aus politischen Gründen Vorbehalte hegen könnte. Tovias ist der Meinung, Israel solle in jedem Fall um Aufnahme in den EWR bitten, gibt jedoch zu bedenken, daß selbst die EWR-Formel in

bestimmten Segmenten der israelischen Gesellschaft auf Ablehnung stoßen könnte, da damit der freie Personenverkehr zwischen Israel und anderen EEA-Ländern etabliert würde.

Während Tovias hervorhebt, daß die Aufnahme in die EEA ökonomische und nicht politische Integration bedeute und daher von Israel nur minimale Anpassungen erfordere, betont **Eyal Inbar**, daß der EWR nicht nur ein Freihandelsabkommen sei, sondern auch ein gewisses Maß an politischer Integration beinhalte und gerade deshalb für Israel nicht erstrebenswert sei. Inbar ist langjähriger Mitarbeiter der Delegation der Europäischen Kommission in Tel Aviv und vertritt in einem älteren Artikel eine Position, die vermutlich auch heute von weiten Teilen der israelischen Gesellschaft unterstützt wird: Er erkennt zwar an, daß Kooperation oder auch Integration in weiteren Bereichen wie der Umwelt- und Wettbewerbspolitik und die Implementierung der vier Freiheiten durchaus in Israels Interesse liegen, lehnt die Idee der Aufgabe staatlicher Souveränität gegenüber einer supranationalen Organisation aber grundsätzlich ab.

Strategische Kooperation

Anfang 2004 bot der Hohe Repräsentant der Gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik der EU, Javier Solana, Israels Ministerpräsident Ariel Sharon Verhandlungen über eine strategische Kooperation zwischen EU und Israel an. Die beiden Parteien befinden sich derzeit im Gespräch über dieses Thema, konkrete Vereinbarungen wurden jedoch noch nicht getroffen.

Anlaß des Vorstoßes der EU war, laut **Oded Eran**, die im Irak-Krieg erneut ins europäische Bewußtsein gerückte Unterlegenheit der eigenen Militärtechnologie gegenüber der amerikanischen. Eran gehört zu Israels Spitzendiplomaten und ist seit 2003 Botschafter Israels bei der EU. Nach seiner Aussage soll es bei der Sicherheitspartnerschaft vorerst nicht um den Handel

mit Waffen, sondern um die Entwicklung von neuen Waffensystemen gehen. Weiter verweist er auf die Kooperationsmöglichkeiten in der Weltraumforschung. Als Beispiel hierfür erwähnt er die laufenden Verhandlungen über Israels Teilnahme am Galileo-Programm, einem Satellitennavigationssystem von zivilem und militärischem Nutzen, das als Äquivalent zum amerikanischen Global Positioning Systems (GPS) entwickelt wird.

Der General und ehemalige Generaldirektor des israelischen Rats für Atomenergie **Uzi Eilam**, der derzeit am Jaffee Center for Strategic Studies arbeitet, analysiert den Aufrüstungsbedarf der kürzlich beigetretenen osteuropäischen NATO-Mitglieder. Er sieht in der Weitergabe israelischer Technologie eine Chance für Israel, sich als Partner mit besonderem Status in der Nachbarschaft der EU zu qualifizieren. Eilam befürwortet die Vertiefung des Mittelmeer-Dialogs der NATO und empfiehlt seinem Land zudem eine Mitgliedschaft in der Partnership for Peace (PfP), die derzeit 30 Länder Europas und der ehemaligen Sowjetunion umfaßt.

EU-Nachbarschaftspolitik

Um nach der Erweiterung der Union die Entstehung neuer Trennlinien zu vermeiden, hat die EU die Nachbarschaftspolitik initiiert. Sie zielt auf die Aufnahme besonderer Beziehungen zu den Anrainerstaaten ab, ohne ihnen eine Mitgliedschaft in Aussicht zu stellen.

Adar Primor sieht in der Nachbarschaftspolitik der EU die einzigartige Gelegenheit für Israel, den Status »beinahe europäisch« zu erlangen. So könnte es von den enormen Vorteilen, die die Union ihren Mitgliedern bringt, profitieren, ohne seine Souveränität in zentralen Bereichen aufzugeben. Primor sieht Israel auf Grund seiner wirtschaftlichen Stärke, seiner demokratischen Regierungsform und den bereits vollzogenen Anpassungsprozessen an das Rechtssystem der EU in einer Vorreiterrolle bei der engeren

Anbindung der Nachbarstaaten an die Union.

Eran, der an den derzeitigen Gesprächen zwischen Israel und der EU über die Umsetzung der Nachbarschaftspolitik beteiligt ist, kann sich die Ausweitung des Assoziierungsabkommens zwischen Israel und der EU auf den freien Verkehr von Arbeitskräften der freien Berufe vorstellen. Er ist außerdem der Meinung, Israel solle auf Grund seiner starken Handelsbeziehungen mit der Union den Beitritt in die Euro-Zone in Erwägung ziehen. Auch **Rafi Melnick** vom Interdisciplinary Center Herzliya empfiehlt in seiner Studie den Beitritt Israels zur Währungsunion.

Des weiteren liegt eine Studie von **Roby Nathanson** zur Integration des Sozialversicherungssystems vor. Nathanson ist Vorsitzender des Israeli Institute for Economic and Social Research und kommt zu dem Ergebnis, daß eine Harmonisierung der Sozialversicherungssysteme durchaus möglich sei. In einer zweiten Studie beschäftigt er sich mit den möglichen Auswirkungen auf die Migration von Israelis ins EU-Ausland, sollte Israel Mitglied der Union bzw. Teil des Binnenmarktes werden. Nathanson prognostiziert für diesen Fall eine signifikante Zunahme der Abwanderung in die EU.

Die hier dargestellte Debatte belegt das große Interesse aller sich zu Wort meldenden Autoren an einer stärkeren Anbindung Israels an die EU. Beachtenswert ist allerdings, daß die Diskussion in einem kleinen Zirkel geführt wird, der dem säkularen jüdischen ashkenasisch-dominierten Segment der israelischen Gesellschaft zugeordnet werden kann. Es sind hingegen keine Stellungnahmen zu diesem Thema von Vertretern der Ultraorthodoxie, der Nationalreligiösen oder der israelischen Araber in den einschlägigen Medien des israelischen Establishments zu finden.

Besprochene Aufsätze

- Avineri, Shlomo**, Katsav's European Blunder, in: Jerusalem Post, 14.3.2001
- Del Sarto, Raffaella A.**, Israel's Contested Identity and the Mediterranean, in: Mediterranean Politics (London), 8 (Frühjahr 2003) 1, S. 27–58
- Eilam, Uzi**, Europe's Eastward Expansion: The Challenge for Israel, in: Strategic Assessment (Jaffee Center for Strategic Studies), 6 (Februar 2004) 4
- Israeli Membership in NATO: A Preliminary Assessment, in: Tel Aviv Notes (Jaffee Center for Strategic Studies), 11.2.2004
- Eran, Oded**, zitiert nach: Shehori, Dalia, chilukei hadeot hacharifim bejoter lo zrichim lehafria leshituf hape'ula hahaduk (Die stärksten Meinungsverschiedenheiten müssen einer engen Kooperation nicht im Wege stehen), in: Haaretz, 30.9.2003
- European Union, Delegation of the European Commission to the State of Israel**, Press Release from March 10th 2004: Poll: Vast Majority of Israelis Want Israel to Join EU; Half Favour EU Involvement in Peace Process; Severe Concern on Specific Issues Like Anti-semitism
- Gorny, Josef/Seidenberg, Ahron**, Israel bejabesha europa (Israel auf dem europäischen Kontinent), in: Haaretz, 3.10.2001
- Heller, Mark A.**, Europe in Israel's Foreign Policy, in: Stefania Bazzoni u.a. (Hg.), Politics, Economics and the Search for Mediterranean Stability, Nancy 2001, S. 93–101
- Left out of the New World Order, in: Jerusalem Post, 31.5.2002
- Horowitz, Dan**, Israel Facing the EU Legal Framework, in: Christa Schael (Hg.), Israel's Way to the European Union, Tel Aviv University, Israel-EU Forum, 2002, S. 47–62
- Inbar, Eyal**, Improving Israel–EU Relations. The European Economic Area as a Possible Model, in: Israel Affairs (London), 5 (Herbst 1998) 1, S. 109–125

- Melnick, Rafi**, Should Israel Join the EMU?, Herzliya: Friedrich-Ebert-Stiftung, Dezember 2003 (IEPN Discussion Paper)
- Nathanson, Roby**, Adaptation of the Israeli Social Security System to the Standards of the European Union, in: Christa Schael (Hg.), Israel's Way to the European Union, Tel Aviv University, Israel-EU Forum, 2002, S. 76-86
- Removal of Barriers to Migration of Workers from Israel to the European Union: Estimations and Implications, Herzliya: Friedrich-Ebert-Stiftung, Dezember 2003 (IEPN Discussion Paper)
- Oz-Salzberger, Fania**, Europe Forgets Israel's Origins, in: International Herald Tribune, 27.6.2003
- Seht uns in die Augen, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung, 3.4.2002
- Primor, Adar**, The Leading Star of »Wider Europe«, in: Haaretz, 21.7.2003
- Q&A. Adar Primor on Israel and Europe, in: Haaretz, 23.7.2003
- Primor, Avi**, Israel and Europe: Arguments for a Closer Relationship, Herzliya, Friedrich-Ebert-Stiftung, 2002 (FES-Israel: Hintergrund)
- Tovias, Alfred**, Mapping Israel's Policy Options Regarding Its Future Institutionalised Relations with the European Union, in: CEPS, Middle-East Working Papers 3 (Januar 2003)
- Why Should Israel Become a Member of the European Union? A Strategic Perspective (Abstract), Beitrag zur Konferenz »Israel in the European Union«, Brüssel, 4.-6.3.2002
- Zemach, Mina**, zitiert nach Livne, Orna, Poll: Israelis Joining EU, in: Jerusalem Post, 11.3.2004

© Stiftung Wissenschaft und Politik, 2004
Alle Rechte vorbehalten

SWP
Stiftung Wissenschaft und Politik
Deutsches Institut für Internationale Politik und Sicherheit

Ludwigkirchplatz 3-4
10719 Berlin
Telefon +49 30 880 07-0
Fax +49 30 880 07-100
www.swp-berlin.org
swp@swp-berlin.org

ISSN 1611-6380